

„Revolution in Freiheit“

Chile im Vorjahr der Präsidentschaftswahlen

I

Beginnen wir mit einem Beispiel. Unter der hohen Mauer, die sich an der Westseite des Hauptbahnhofs in Santiago bis in alle Unendlichkeit hinzieht, kauert eine alte, ärmlich gekleidete Frau. Vor ihr, eingelassen in das verwitterte Gestein, befindet sich ein kleiner Altar — eine zerbeulte Messingplatte, auf der zwei oder drei Dutzend Kerzenstummel stehen; darüber hängt ein einfaches Kreuz, das irgend jemand aus rohen Leisten zusammengenagelt hat. Die Frau hält eine brennende Kerze in der Hand; behutsam, nachdem sie ein paar Wachstropfen auf das Blech geträufelt hat, stellt sie das Zeichen ihrer Frömmigkeit neben die übrigen, ausgebrannten; dann kniet sie nieder. Doch die Mauer bietet des Sehenswerten mehr: soweit das Auge reicht, ist sie übersät mit politischen Parolen. In weißer, gelber, brauner und roter Farbe heißt es:

„Weiter voran mit Frei“, „Mit Alessandri für Wohlstand und Ordnung“, „Deine Stimme für Allende — deine Stimme für den Sozialismus“ — und dazwischen, oft mit ungelinken Buchstaben, „Viva Fidel“, „Viva el Che“ oder einfach: „Viva la Revolución.“

Hinter der Mauer aber, wenige Schritte von dieser Szene entfernt, strecken sich die Geleise der chilenischen Staatsbahn; auf ihnen befördert das größte Defizit-Unternehmen der Republik, ausgestattet mit Gerät aus dem europäischen Eisenbahnsarsenal, pünktlich und zuverlässig Menschen und Maschinen, Kupfer und Kohle, Weizen und Wein, Fleisch und Fisch. Die Nüchternheit der Moderne, die Leidenschaften der Politik und das ausweglos erscheinende Elend wohnen hier dicht beieinander.

Beispiele, wenn sie welche sind, müssen für etwas stehen. Dieses hier steht für die wirtschaftliche, politische und soziale Situation eines Landes, das, gemessen an lateinamerikanischen Maßstäben, vergleichsweise weit entwickelt ist und das dennoch den in allen Ländern der Dritten Welt anzutreffenden Widerspruch zwischen Entwicklungspotential und Entwicklungsstand besonders deutlich erkennen läßt. Chile ist an sich ein reiches Land: nachdem es lange Zeit, bis zur Einführung der Ammoniaksynthese durch das Haber-Bosch-Verfahren, mit seinen Salpeterorkommen den Weltmarkt beherrscht hat, ist es heute, nach den USA, der Welt zweitgrößter Kupferproduzent¹); sein fruchtbarer Boden im mittleren Teil des Landes, verbunden mit dem Schmelzwasserreservoir der Anden und einem gemäßigten Klima, ermöglicht eine intensive und hochgradig diversifizierte Landwirtschaft²); und sein hohes Bildungsniveau — der Anteil der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung beträgt nur 16% — erfüllt zumindest eine wesentliche Voraussetzung der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt³). Trotzdem ist Chile, was die Verfügbarkeit seines gesellschaftlichen Reichtums und besonders dessen allgemeine Nutznießung anbetrifft, ein armes Land: Rund 6% der aktiven Bevölkerung sind permanent arbeitslos; die Produktionsindizes von Landwirtschaft und Industrie stagnieren oder sind rückläufig; die jährliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts pro Kopf, nachdem sie in der ersten Hälfte dieser Dekade bei durchschnittlich 3,1 % gelegen hat, liegt jetzt unter 2 %; der Staatshaushalt weist jährlich ein hohes Defizit aus und ist bei in- und ausländischen Gläubigern chronisch verschuldet⁴). Zusätzlich hat Chile seit einem knappen Jahr-

1) Sergio Undarraga Saavedra, Key Factors in Chilean Development, in: Economic Development Issues: Latin America, Praeger Special Studies, New York 1967, S. 133.

2) ibidem, S. 103.

3) ibidem, S. 116.

4) UN Statistical Yearbook 1967; vgl. ferner Übersicht 2 auf Seite 656.

hundert mit der Inflation zu kämpfen; der jährliche Kaufkraftverlust betrug zeitweise 84 %, und in diesem Jahr wird er, mit entsprechenden Konsequenzen für das Realeinkommen sowie für die Spar- und Investitionsraten, rund 40 % betragen ⁵⁾.

Ähnlich zwiespältig sieht das chilenische Panorama in sozialer Hinsicht aus. Obwohl das Land schon seit den zwanziger Jahren den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen abzubauen oder doch in seinen Auswirkungen zu mildern versucht — etwa indem es ein umfassendes System der Gesundheits- und Sozialfürsorge geschaffen und damit neben Uruguay beispielgebend in Lateinamerika gewirkt hat⁶⁾ — bleibt auch heute noch ein erheblicher Teil der Bevölkerung von kompensatorischen Leistungen dieser Art ausgeschlossen. Das gilt insbesondere für die sogenannte Marginalbevölkerung, für die wirtschaftlich und sozial schwach Integrierten: rund 2 Millionen Chilenen — das sind 20 % der Gesamtbevölkerung — wohnen in Elendsvierteln, den sogenannten *poblaciones callampas*, unter nicht nur ärmlichen, sondern lebensbedrohenden Bedingungen. Wenn sie arbeitslos oder krank sind — oft sind sie beides zugleich —, müssen sie die Hilfe ihrer Angehörigen in Anspruch nehmen; im günstigeren Fall erstehen sie ihren Unterhalt als Gelegenheitsarbeiter, fliegende Händler, Schuhputzer, Bettler oder Prostituierte. Die Lebenserwartung dieses Teils der Bevölkerung liegt weit unter dem ohnehin nicht sehr eindrucksvollen Landesdurchschnitt von 59 Jahren ⁷⁾.

Übersicht 1: statistischer Vergleich Chile—Schweden

	Chile		Schweden	
Fläche (in qkm)	756 945		449 793	
Bevölkerungszahl (1968, geschätzt)	9 Mio.		8 Mio.	
Bevölkerungsdichte (Einwohner/qkm)	12		18	
durchschnittlicher jährlicher Geburtenüberschuß (je 1000 EW)	21,4		5,8	
Bevölkerungsverteilung Stadt-Land (Städte: Siedlungen ab 2500 Einwohner)	66:34		72:28	
Wohnraum				
durchschnittliche Haushaltsgröße (in Personen)				
Stadt	5,2		2,7	
Land	6,0		3,0	
Zahl der Wohnungen (in %) mit	Stadt	Land	Stadt	Land
1 — 2 Räumen	37,9	45,3	25,1	11,5
3 — 4 Räumen	36,9	39,1	52,3	57,5
mehr Räumen	25,2	15,6	22,6	31,0
mit elektrischem Anschluß	86,3	23,9	98,9	97,6
mit Trinkwasseranschluß (auch außerhalb des Hauses)	66,1	7,3	98,6	82,2
Anteil der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung	16 %		1 %	
Einwohner je Arzt	2100		910	
Zeitungs-exemplare je 1000 Einwohner	118		501	
Stromerzeugungs-Kapazität (Mio. Kwh)	1493		12 300	
Kraftfahrzeugbestand (1967)				
PKW	108 200		1 884 000	
LKW	96 900		140 100	
Bruttosozialprodukt pro Kopf (in US \$ 1966)	474		2 386	
Herkunft des Bruttosozialprodukts nach Produktionszweigen (nur Chile, in %)				
	Landwirtschaft	Industrie	Bausektor	Dienstleistungen
1960	12	36	5	47
1963	10	37	6	47
1966	11	39	6	44

⁵⁾ Undurraga S., a.a.O., S. 72.

⁶⁾ Federico Gil, *The Political System of Chile*, Boston 1966, S. 185.

⁷⁾ Inter-American Development Bank, *Social Progress Trust Fund*, 7th Annual Report 1967, S. 95.

Übersicht 2: Der chilenische Staatshaushalt (in Mio, Escudos)

Ausgaben (1966)		Einnahmen (1966)	
Schuldendienst	297,0	Einkommensteuer	1505,0
Transferzahlungen	1107,0	Vermögensteuer	272,0
Subventionen	174,0	Importzölle	543,0
lfd. Ausgaben für Güter und Dienstleistungen	2257,0	Verbrauchssteuern	1728,0
Direkte Investitionen	824,0	Sonstige	195,0
Indirekte Investitionen	895,0	Deckungsdefizit	1311,0
	<u>5554,0</u>		<u>5554,0</u>
davon für:		Verschuldung:	
Verteidigung	552,0	im Inland	1940,0
Bildungswesen	1018,0	im Ausland	1781,0
Sozialleistungen	562,0		<u>3721,0</u>

Quelle für Übersicht 1 und 2: UN Statistical Yearbook 1967.

II

Bemerkenswerter noch als der soeben skizzierte Widerspruch zwischen Entwicklungspotential und Entwicklungsstand — wenn er auch in Chile besonders auffällt — ist die Tatsache, daß er schärfer und entschiedener als in anderen Ländern Lateinamerikas politisch artikuliert worden ist. Seine Aufhebung oder wenigstens Abschwächung ist heute das erste und einzig ernstzunehmende Thema auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung in Chile, nicht nur als Programm der Regierung und als Streitpunkt der Parteien, sondern auch als Anspruch eines Großteils vor allem der städtischen Bevölkerung. Zwar verbindet sich mit dieser Forderung durchaus nicht in allen Fällen die Bereitschaft zu aktiver politischer Partizipation und Kooperation — vom Leitbild einer *civic culture* ist Chile noch weit entfernt, und allzu sehr haftet seiner Gegenwart noch das paternalistische Erbe der kolonialen Vergangenheit und auch des Hegungs- und Wohlfahrtsstaates aus jüngerer Zeit an — aber das Verlangen nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung hat seinen Weg zu den intermediären politischen Kräften der Parteien, der Gewerkschaften und auch der Kirche gefunden und dort programmatische Gestalt angenommen⁸⁾.

Der Grund dieser intensiven und auf ein Ziel gerichteten Politisierung läßt sich auf eine Reihe von Faktoren zurückführen, die das Land seit jeher vor dem übrigen Lateinamerika — vielleicht mit der Ausnahme Argentiniens — ausgezeichnet haben. Um die wichtigsten zu nennen: Chiles Bevölkerung ist kulturell weitgehend homogen, und anders als in Bolivien oder Peru bestimmt nicht der Indianer oder der Mestize, sondern der Weiße den kulturellen Habitus des Landes; eine große Zahl europäischer Einwanderer aus Italien, Deutschland und England hat im 19. Jahrhundert und im ersten Drittel dieses Jahrhunderts das traditional vorherrschende hispanische Element mit andersartigen Anschauungen und Einstellungen durchtränkt und die Bildung eben jener Mittelschicht begünstigt, die heute, vornehmlich in den Städten, die allgemeine Forderung nach Entwicklung am lebhaftesten und wirksamsten vertritt.

Eine verbindliche und weitreichende Formulierung dieser Forderung vertritt die gegenwärtige Regierung selbst: die sogenannte „Revolution in Freiheit“, 1964 als umfangreiches Reformvorhaben der Christlich-Demokratischen Partei verkündet und durch die Wahl ihres Führers *Eduardo Frei Montalva* zum Präsidenten der Republik noch

8) S. hierzu Leonard Gross, *The Last, Best Hope: Eduardo Frei and Chilean Democracy*, New York 1967.

im selben Jahr zum Regierungsprogramm erhoben, gilt als der bislang radikalste Versuch der chilenischen Exekutive, die wirtschafts- und sozialstrukturellen Voraussetzungen einer echten Entwicklung zu schaffen, einer Entwicklung, in der ein ausreichend hohes und stetiges wirtschaftliches Wachstum mit der größtmöglichen Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an seiner Förderung und Nutznießung einhergeht. Mit dem Votum Chiles für Frei — das wie kaum eine zweite demokratische Entscheidung in Lateinamerika die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregte — verbanden sich daher von Anbeginn kühne Hoffnungen. Denn Frei und seine Partei hatten eine Plan entworfen, der nicht nur mit Entschiedenheit die Auflösung traditionaler wirtschaftlicher und sozialer Ordnungen anstrebte, sondern zugleich als gewaltlose Alternative zum kubanischen Vorbild gedacht war und folglich mit paradigmatischem Anspruch, zumindest in Lateinamerika, auftrat. Unter eben dieser Leitidee einer „Revolution in Freiheit“, die sich als neuartige Synthese von „christlichem Mystizismus und sozialem Bewußtsein“ ankündigte, versprach Frei dem chilenischen Volk eine Reihe wirksamer Strukturreformen, insbesondere eine umfassende Agrarreform, die Überführung der in ausländischem Besitz befindlichen Kupferminen in chilenisches Staatseigentum, die Lösung des Wohnungsproblems sowie eine realistische Neuformulierung der Haushaltspolitik mit dem Ziel, die galoppierende Inflation mitsamt ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu bannen⁹⁾.

Mit diesem Programm weitreichender Reformen verband sich aber zugleich die erklärte Zurückhaltung des Staates in bezug auf Eingriffe in die Privatindustrie sowie in das Bank- und Börsenwesen. In diesem wichtigen Punkt unterscheiden sich Frei und seine Partei deutlich von der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, deren Programme auf radikalere Reformen abzielen und — außer der Enteignung der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzungen und der Kupferminen — auch die Enteignung der industriellen Groß- und Mittelbetriebe vorsehen. Dieser Unterschied ist jedoch insofern zu relativieren, als auch die Linke, vornehmlich die als „angepaßt“ geltende Kommunistische Partei, in ihren Methoden strikt der formal-demokratischen Prozedur zu folgen gewillt ist und den gewaltsamen Umsturz als Mittel zum Zweck ausschließt. Die „Revolution durch Demokratie“ der Kommunisten und Sozialisten unterscheidet sich insofern nur graduell von der „Revolution in Freiheit“ der Christlichen Demokraten¹⁰⁾.

III

Heute, fünf Jahre nach Freis Regierungsantritt und ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl, läßt sich ein, wenn auch nicht in jeder Hinsicht endgültiges, Fazit dieses bemerkenswerten politischen Experiments ziehen. Solch eine Analyse entbehrt nicht des aktuellen Anlasses: schon in diesen Wochen stehen die Zeichen auf Sturm in der chilenischen Politik. Da Frei gemäß Artikel 68 der Verfassung nicht zweimal nacheinander kandidieren darf, muß ein neuer Mann gefunden werden; mit ihm aber steht und fällt die Frage nach der Fortführung der „Revolution in Freiheit“ — zumal da die chilenische Präsidentschaftsverfassung dem Staatsoberhaupt und Regierungschef erheblich größere Vollmachten einräumt, als dies in Ländern mit parlamentarischer Verfassung der Fall ist.

So nimmt es nicht wunder, daß Chile zumindest publizistisch für den Wahlkampf heute schon aufs beste gerüstet ist: in den Zeitungen überstürzen sich die Berichte und Kommentare über die mutmaßlichen Präsidentschaftskandidaten. Die Parteien selbst sind indessen eher von der Spaltung bedroht oder haben sie bereits vollzogen, allen voran die Christlichen Demokraten. Seit langem gibt es in dieser Partei, die 1930 aus dem Ju-

9) Ben G. Burnett und Kenneth F. Johnson, *Political Forces in Latin America*, Belmont, Calif., 1968, Kap.13 (passim).

10) Gil, a.a.O., S. 280.

gendverband der Konservativen Partei hervorgegangen und in der Folge zu einer Massenpartei aufgestiegen ist, den Streit zwischen Etablierten und Rebellen; er entbrannte vornehmlich um die Frage, welcher der beiden Schlüsselbegriffe im Parteiprogramm — Revolution *oder* Freiheit — den Vorzug genießen sollte ¹¹⁾. Dieser Kampf zwischen den als reaktionär verdächtigten christlichen Reformisten und den als radikal beschimpften christlichen Revolutionären erreichte Anfang November 1968 einen Höhepunkt mit dem erzwungenen Rücktritt von *Jacques Chonchol*, dem Vizepräsidenten des *Instituto Nacional de Desarrollo Agropecuario (INDAP)*, das unter seiner Führung zum politisch wirksamsten und zugleich umstrittensten Instrument der Freischen Agrarreform geworden war. Eine weitere Zuspitzung erfuhr er Mitte dieses Jahres mit dem endgültigen Austritt der Rebellen aus der Christlich-Demokratischen Partei und der Bildung einer neuen linksradikalen Bewegung unter dem Namen *Movimiento de Accion Populär Unido (MAPU)*, in der die ehemaligen Parteifreunde Freis eine wichtige Stellung einnehmen ¹²⁾.

Es wäre wohl voreilig, mit der nun vollzogenen Spaltung der Christlichen Demokraten das Urteil eines politischen Bankrotts zu verbinden — wie es ebenso verfehlt wäre, den Zwist in dieser Partei als „inneren Neuaufbau“ und als „Etappe der Selbstreinigung“ ¹³⁾ zu beschönigen. Der Kern der Krise scheint tiefer zu sitzen, womöglich weniger in Fehlern und Unterlassungen der Regierung Frei und noch nicht einmal unmittelbar im Druck ausländischer Interessen, sondern vielmehr in der politisch-materiellen Verfassung des Landes selbst. Anders gewendet: ist es heutzutage noch möglich, ein halbfeudales Land, wie positiv seine statistische Visitenkarte auch aussehen mag, im Wege der Reform zu entwickeln, ohne daß ihr der revolutionäre Akt vorgeht? Erweist sich Frei „Revolution in Freiheit“, die ja, bei Licht besehen, ein Bündel von Reformen ist, letztlich nicht doch als eine Illusion? Wo liegen die Hindernisse?

IV

Der Kern der Freischen Politik ist die *Agrarreform*. Chile ist, trotz Bergbau und Industrie ein agrarisches Land; etwas mehr als ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung ist unmittelbar abhängig von Einkünften aus der Landwirtschaft ¹⁴⁾. Deren Struktur aber ist nach wie vor mit den wirtschaftlichen und sozialen Traditionen der Kolonialzeit belastet. Das bedeutet: eine höchst ungleiche Verteilung des Besitzes an landwirtschaftlich nutzbarem Boden zugunsten einer kleinen Zahl von Großgrundeigentümern bei gleichzeitig niedriger Produktivität je Beschäftigtem und Hektar. So belief sich vor der Freischen Agrarreform der Anteil der Latifundien ¹⁵⁾ an der Gesamtzahl der Besitzungen auf 2 %, am Gesamtwert des nutzbaren Bodens aber auf 65 ¹⁶⁾%, während umgekehrt die entsprechenden Anteile der Minifundien ¹⁶⁾ 84% bzw. 11% betragen ¹⁷⁾. Zur selben Zeit leistete die Landwirtschaft mit ihrer hohen relativen Beschäftigtenzahl von 34 % einen Betrag von nur 12 % zum Bruttosozialprodukt — mit der Folge, daß ein erheblicher Teil des Bedarfs an Nahrungsmitteln durch Importe gedeckt werden mußte ¹⁸⁾.

Mindestens ebenso bedeutsam wie diese statistische Auskunft ist die Tatsache, daß die soziale Institution der *Hazienda*, Grundlage und Sinnbild des lateinamerikanischen

11) Vgl. hierzu das polemische Buch von Mauricio Goldenberg, *Y después de Frei — Quién?*, Buenos Aires/Santiago 1966, insbes. S. 92 f.

12) Als Präsidentschaftskandidat des MAPU ist am 29. September Jacques Chonchol nominiert worden (Kurzmeldung in *Le Monde* v. 30. 9. 1969).

13) So im lateinischen Nachrichtenmagazin *Vision* v. 15. 8. 1969.

14) Gil, a.a.O., S. 147.

15) Grundbesitz im Steuerwert (1961) Ton US \$ 10000 und mehr.

16) Grundbesitz im Steuerwert (1961) von US \$ 1000 und weniger.

17) Undurraga S., a.a.O., S. 106.

18) Gil, a.a.O., S. 147.

Feudalwesens, auch in Chile tiefe Spuren in allen Bereichen des Gesellschaftlichen hinterlassen hat. Denn die Hazienda, in Chile *fundo* genannt, ist keine Großgrundbesitzung schlechthin, sondern ein Gebilde, das, im idealtypischen Sinn, wirtschaftlich autark, politisch autonom und sozial geschlossen ist. In sich stellt sie einen hierarchisch gegliederten, auf traditionaler Herrschaft begründeten Hausverband dar: an der Spitze der Grundherr (*patrón*) und dessen Familie, in nachgeordneten Stellungen die vom Grundherrn eingesetzten Verwalter (*mayordomos*) und schließlich die abhängigen, zu unbedingter Gefolgschaft verpflichteten Lohnpächter (*inquilinos*), die kleine Parzellen auf der Hazienda bewirtschaften und unentgeltlich für den Grundherrn zu arbeiten haben.

Auch in Chile ist die Hazienda dafür verantwortlich zu machen, daß sich zwei der wichtigsten Spezifika der modernen Gesellschaft nur zögernd herausgebildet haben: Urbanität und Arbeiterklasse. Beides gibt es heute, doch kaum außerhalb der Hauptstadt. Denn die Hazienda — vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Autarkie und sozialen Geschlossenheit — hat von Anbeginn zur Verkümmern der größeren Stadt- und Landsiedlungen beigetragen: sie verloren einen wesentlichen Teil ihrer Funktionen oder waren nie imstande, sie zu erlangen¹⁹⁾. Nur Santiago und Valparaiso bildeten eine Ausnahme: sie wurden, besonders seit der Mitte der 19. Jahrhunderts, unter dem Einfluß europäischen Lebensstils zur bevorzugten Residenz der Reichen im Lande und, ähnlich wie Buenos Aires, zum Auffangbecken einer großen Zahl europäischer Einwanderer. Wichtiger noch ist die Bedeutung der Hazienda als hemmender Faktor bei der Herausbildung eines echten, das heißt klassenbewußten, Proletariats: die spezifische Kombination von Schutz- und Ausbeutungsverhältnis, die ja den Kern dieser Institution ausmacht, hat lange Zeit, in den Landgebieten bis auf den heutigen Tag, die Entstehung einer wirksamen Arbeiterbewegung verhindert²⁰⁾. Auch die chilenischen Gewerkschaften haben unter den Auswirkungen dieses Paternalismus zu leiden gehabt; ihre Verfolgung durch reaktionäre Regimes in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat ein übriges getan.

Die Frage, inwieweit Freis Agrarreform zur Lösung dieser Probleme beigetragen hat, läßt sich noch nicht abschließend beantworten. Zwar sind seit dem Amtsantritt Freis mittlerweile fünf Jahre vergangen, doch ist zu bedenken, daß zunächst, bevor die Reform überhaupt systematisch in Angriff genommen werden konnte, mehr als zwei Jahre mit der Formulierung und Verabschiedung ihrer gesetzlichen Grundlagen, einschließlich einer hierzu erforderlichen Verfassungsänderung, verstrichen. Im Jahr 1966 trat das Gesetz über die Agrarreform in Kraft. Es sieht die entgeltliche Enteignung aller *fundos* über 80 ha vor, wobei Ausnahmen bei guter Bewirtschaftung bis 320 ha zugelassen sind; das Entgelt bemißt sich nach der steuerlichen Bewertung und ist, bis auf einen sofort fälligen Betrag von 5 %, in 30 Jahresraten mit Zinsen zahlbar²¹⁾. Die enteigneten *fundos* werden in genossenschaftlich verwaltete *asentamientos* überführt, wobei den früheren Lohnpächtern kleine Parzellen zur Bewirtschaftung in eigener Regie zufallen. Inzwischen sind mehr als 2 Mio. ha enteignet worden; das sind etwa 25 % der gesamten landwirtschaftlichen nutzbaren Fläche des Landes. Wie das Ergebnis zeigt, sind folglich noch längst nicht alle *fundos* in den Enteignungsprozeß einbezogen worden; immerhin ist es hoch genug, um die chilenische Agrarreform als radikal wenigstens in quantitativer Hinsicht auszuweisen.

Wesentlich weniger günstig nehmen sich die sozialen und politischen Ergebnisse aus. Wie die Studien des staatlichen *Instituto de Capacitación e Investigación en Reforma*

19) Frank Tannenbaum, Ten Keys to Latin America, New York 1962 (deutsch: Lateinamerika, Kontinent zwischen Castro und Kennedy, Stuttgart 1963, S. 65).

20) Robert Jackson Alexander, Organized Labor in Latin America, New York 1965, S. 9.

21) Undurraga S., a.a.O., S. 114 f.

*Agraria (ICIRA)*²²⁾ zeigen, hat sich auf den genossenschaftlich verwalteten *asentamientos* eine ähnlich autoritäre Struktur herausgebildet, wie sie ehemals für die *fundos* charakteristisch war: die demokratisch gewählten Leiter schalten und walten nach Gutdünken, ohne daß Kooperation und Kontrolle durch die Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder, die *asentados*, wirksam würden. Die *asentados*, so heißt es, „vermögen den Handlungen des (leitenden) Komitees nicht zu folgen und vertrauen seinen Entscheidungen, obwohl sie die Gründe nicht verstehen und auch nicht die Folgen, die sie für sie haben werden“²³⁾. Besonders gravierend ist der Umstand, daß — derselben Studie zufolge — in vielen *asentamientos*, wohl aus der verinnerlichten Erfahrung paternalistischer Abhängigkeit, ehemalige *mayordomos* in die leitenden Komitees gewählt worden sind und dort verständlicherweise die alten Verhaltensmuster reproduzieren²⁴⁾. Hinzu kommen latente und manifeste Konflikte unter der Landbevölkerung selbst: *inquilinos* und *asentados*, Kleinbauern und Landarbeiter konkurrieren miteinander um Arbeitsplätze und Absatzmöglichkeiten und zeigen zudem, aufgrund ihrer divergierenden subjektiven Interessen, unterschiedliche Einstellungen zur Agrarreform²⁵⁾. Besonders der letzte Gesichtspunkt ist bedeutsam: während die Kleinbauern (einschließlich der *inquilinos*) den Mangel an eigenem Grund und Boden als die wichtigste Ursache ihrer Armut ansehen, verneinen die landlosen Tagelöhner diese eher im Mangel an Arbeit zu erkennen. Die Interessen der Kleinbauern zielen daher auf die „gerechtere“ Verteilung von Grund und Boden, auf die Auflösung von Großgrundbesitz, auf die Agrarreform. Die Interessen der Landarbeiter dagegen sind zumindest ambivalent: geprägt einerseits vom kulturell vermittelten, emotional getönten Wunsch nach eigenem Grund und Boden, andererseits, in Erkenntnis ihrer akuten wirtschaftlichen Situation, von Verlangen nach Lohn. Ihre Interessen also sind, zumindest auf kurze Sicht, gegen die Auflösung von Großgrundbesitz gerichtet, gegen die Agrarreform²⁶⁾. Im ganzen hat daher die chilenische Agrarreform eher zur Lähmung und Entzweiung der Kleinbauern und Landarbeiter beigetragen. Gerade aber ihre unmittelbare politische Wirkung, die Frage nach der Ausweitung von Kooperation und Partizipation unter der Landbevölkerung, nach ihrer politischen Bewußtwerdung, ist hier entscheidend. Sie kann, soweit man sieht, noch nicht positiv beantwortet werden.

V

Im Gegensatz zur Agrarreform läßt sich die Förderung der *Industrialisierung*, wie wohl im Regierungsprogramm Freis genannt, nicht als Spezifikum der „Revolution in Freiheit“ bezeichnen. Denn Chile betreibt bereits seit 1939 eine gezielte Industrialisierungspolitik, in der die staatliche *Corporacion de Fomento (CORFO)* als intervenierender Entwicklungsträger eine wichtige Stellung innehat²⁷⁾; ihrem Wirken ist insbesondere der Aufbau der chilenischen Eisen- und Stahlindustrie (Werk Huachipato 1950) zu verdanken²⁸⁾. Chiles bedeutsamste Industriezweige bilden jedoch, zumindest im Hinblick auf ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt, Betriebe für: Nahrungs- und Genußmittel, Textilien, Holz und Papier, Chemie und Baustoffe (Zement)²⁹⁾. Trotz der ver-

22) Das ICIRA ist Forschungs- und Leitinstitut und hat ähnlich wie das INDAP eine Schlüsselstellung in der chilenischen Agrarreform. Es wird finanziert von der Republik Chile unter Mitwirkung der FAO.

23) ICIRA, Evaluación preliminar de los Asentamientos de la Reforma Agraria en Chile, Santiago 1967, S. 15.

24) *ibidem*, S. 15 f.

25) Vgl. hierzu den Aufsatz v. Eric R Wolf, On Peasant Rebellions, in: *New Society*, Nr. 362 v. 4. 9. 1969, S. 351.

26) Vgl. hierzu und zur Unterdrückung aller Ansätze von wirksamen Interessenverbindungen und -Vertretungen der Landbevölkerung in Lateinamerika den Aufsatz von Ernest Feder, *Societal Opposition to Peasant Movements and Its Effects on Farm People in Latin America*, Vortragsmanuskript für das Seminar on Latin American Peasant Movements, Cornell University, 8. bis 10. 12. 1966.

27) Gil, a.a.O., S. 162.

28) Gil, a.a.O., S. 163; vgl. ausführlicher Jörn C. Fitter, *Chilenische Entwicklungswirklichkeit und Entwicklungsstrategie*, Köln/Opladen 1968, *passim*.

29) GU, a.a.O., S. 164 ff.

gleichsweise fortgeschrittenen Industrialisierung, die Chile vor den meisten anderen Ländern Lateinamerikas auszeichnet, sind die Fabriken des Landes bei weitem noch nicht zu einer zuverlässigen Stütze der Wirtschaft und der Entwicklungspolitik geworden; die Produktionszahlen lassen deutliche Anzeichen der Stagnation erkennen. So belief sich der Produktionsindex der chilenischen Industrie (ohne Bergbau und Energiewirtschaft) in den Jahren 1964—67 auf 105, 110, 118 und 99 (Basis 1963 = 100), wobei die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, mitverursacht durch die Probleme in der Landwirtschaft, die höchsten Einbußen hinnehmen mußte³⁰⁾.

Die Gründe dieser schwerwiegenden Stagnation sind in mehreren Faktoren zu suchen: In der Industriestruktur selbst, die durch das Vorherrschen vieler unwirtschaftlich arbeitender Kleinbetriebe gekennzeichnet ist; in der, fürs erste, unbegründeten Furcht der privaten Unternehmer vor einer Industriereform nach dem Vorbild der Agrarreform; in der andauernden und hohen Inflation, die dem Binnenmarkt einen Großteil der Kaufkraft entzieht und überdies zur Kapitalflucht in harte Währungen und in die Grundstücksspekulation verführt; und schließlich im chronischen Defizit des Staatshaushalts, dessen hohe Ausgaben für das Bildungs- und Sozialwesen wenig Raum für Investitionen der öffentlichen Hand und noch weniger Raum für eine dynamische Fiskalpolitik, etwa durch Steuererleichterungen bei privaten Investitionen, lassen³¹⁾.

Es ist schwer abzuschätzen, ob Frei mit zwei weiteren Schwerpunkten seiner Reform, der Lösung des *Wohnungsproblems* und der *Nationalisierung des Kupfers*, größere Erfolge erzielt hat oder erzielen wird. Das Wohnungsbauprogramm, unmittelbar nach dem Erdbeben von 1965 in Angriff genommen, ist bisher weitgehend verwirklicht worden. Rings um Santiago sind ausgedehnte Neubausiedlungen mit hygienisch einwandfreien Wohnungen (durch Anschluß an das Trinkwasser- und Abwassernetz) entstanden. Jedes der kleinen Häuschen, aus genormten Teilen unter Mitarbeit der Bewohner gefertigt, besteht aus zwei getrennten Wohnräumen mit festem Fußboden, verglasten Fenstern und elektrischem Licht; ein erheblicher Fortschritt gegenüber den verrotteten Hütten und Wellblechverschlägen der Elendsviertel. Doch noch immer gibt es *poblaciones callampas* in Chile, und sie sind sogar hie und da, besonders in Santiago, aufs neue in die sanierten Areale eingedrungen, ein deutlicher Hinweis auf den bloß symptomatischen Charakter des Wohnungsproblems, dessen Wurzeln viel tiefer liegen.

Die Nationalisierung des Kupfers ist dagegen erst vor einigen Monaten energisch in Angriff genommen worden. Die Bedeutung dieser Frage ergibt sich aus dem Umstand, daß rund 50% des Gesamtwertes aller chilenischen Mineralexporte auf das Kupfer (einschließlich Kupfererz) entfallen³²⁾. Zwar ist dieser Produktionszweig wenig arbeitsintensiv — nur 4 % der aktiven Bevölkerung sind unmittelbar von ihm abhängig³³⁾ — doch in außenwirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht handelt es sich um ein Problem ersten Ranges. Da die größten Kupferminen, sie produzieren 85 % der Gesamtmenge, in nordamerikanischer Hand sind, werden hier in erster Linie die Beziehungen Chiles zu den USA berührt, deren eigene dominierende Stellung auf dem Weltkupfermarkt die Möglichkeit nicht nur der diplomatischen Pressuren, sondern auch des Preis- und Mengendiktats einschließt. Insofern verbindet sich in chilenischer Sicht mit der Nationalisierung des Kupfers sowohl der Anspruch auf einen größeren politischen Spielraum gegenüber den USA als auch das Bestreben nach einer günstigeren Gestaltung der *terms of trade* sowie der Lizenzverträge mit den nordamerikanischen Gesellschaften. Das erwünschte größere Maß an Mitsprache, und nur darum geht es in dieser ersten Etappe der Nationalisierung, soll durch den Erwerb einer Kapitalbeteiligung von 51 % an den

30) UN Statistical Yearbook 1967.

31) Gil, a.a.O., S. 163.

32) Undurraga S., a.a.O., S. 92.

33) *ibidem*.

ausländischen Kupferminen — deren größte die US-Gesellschaft Anaconda ist — gewonnen werden; erst in einer zweiten Etappe (1973 bis 1982) wird die Republik Chile aufgrund der sogenannten Anaconda-Vereinbarung die restlichen 49 % erwerben³⁴).

Die Bedeutung dieses — sehr vorsichtigen — Schritts ist im Zusammenhang mit den Emanzipationsbestrebungen auch anderer lateinamerikanischer Länder zu sehen. Die drastischen Schritte der peruanischen Militärjunta, insbesondere die Enteignung nord-amerikanischer Erdölliegenschaften und die unerwartet nachgiebige Reaktion Präsident *Nixons* auf diese Herausforderung, ferner der dem peruanischen Beispiel folgende Militärputsch in Bolivien vom September dieses Jahres, lassen Freis Politik der *chilenización* des Kupfers als vergleichsweise harmlos erscheinen; zugleich haben sie das außenpolitische Gewicht der sogenannten Andinen Gruppe, der locker gefügten Einheitsfront der reformistisch gesinnten Andenländer, erheblich gestärkt. Bei der Neuformulierung seiner Lateinamerikapolitik wird Washington mehr als bisher berücksichtigen müssen, daß Lateinamerika, nicht zuletzt aufgrund der scharfen ideologischen Grenzziehung zwischen der Andinen Gruppe und den diktatorischen Regimes in Argentinien und Brasilien, kein in sich geschlossener Block botmäßiger Entwicklungsländer mehr ist, und es mag letztlich ein bedeutendes Verdienst Freis sein, zu diesem Faktum des politischen Polyzentrismus im Süden des Kontinents einiges beigetragen zu haben. Mit der Entsendung einer halboffiziellen chilenischen Handelsdelegation nach Kuba im August dieses Jahres sind diese Emanzipationsbestrebungen zusätzlich verdeutlicht worden³⁵).

VI

Es stellt sich abschließend die Frage nach den Aussichten der Christlich-Demokratischen Partei, im nächsten Jahr mit einem neuen Mann aus ihren Reihen die Freische Reformpolitik fortzusetzen. Die Konkurrenz von rechts und links ist mächtig genug, um einen Machtwechsel und damit das Ende der „Revolution in Freiheit“ durchaus möglich zu machen. Die Sozialistische und die Kommunistische Partei, die bei der Präsidentschaftswahl 1964 als eine Art Volksfront (*Frente de Acción Popular*) aufgetreten waren und mit ihrem gemeinsamen Kandidaten *Salvador Allende* immerhin die zweithöchste Stimmenzahl erzielen konnten, haben sich zwar noch nicht auf einen neuen Anwärter für 1970 geeinigt³⁶), doch ihr Rückhalt ist, insbesondere unter der sogenannten Marginalbevölkerung, in den vergangenen Jahren deutlich stärker geworden. Die Tatsache, daß es der Freischen Politik nicht gelungen ist, die Inflation entscheidend einzudämmen und neue Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen, treibt diesen Teil der Bevölkerung in die Arme der beiden großen Linksparteien. Ihre Unterstützung durch den Gewerkschaftsverband *Central Unica de Trabajadores (CUT)* ist ein zusätzlich stärkendes Element. Umgekehrt haben die Konservativen und die Liberalen, deren herausragender Vertreter der frühere Präsident *Jorge Alessandri* ist, Zulauf aus den Reihen der unteren und oberen Mittelschicht erhalten. Gerade dort aber, im Reservoir der Arbeiter und Angestellten in den großen Städten, bei den Facharbeitern, Ingenieuren, Lehrern und den zahlreichen Bediensteten der öffentlichen Verwaltung, liegt oder lag der stärkste Rückhalt der Christlichen Demokraten. Es findet also eine Polarisierung der potentiellen Wählerstimmen sowohl auf der Rechten wie auf der Linken statt; ein Beleg dafür findet sich auch im Ausgang der, vergleichsweise weniger bedeutsamen, Kongreßwahlen vom März dieses Jahres.

34) „Anaconda Agreement“, Art. in *International Herald Tribune* v. 30. 6. 1969.

35) „Boykott gegen Kuba durchbrochen; Chilenische Delegation in Havanna“, Art. in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23. 8. 1969.

36) Nach der Niederschrift dieser Zeilen ist zu erfahren, daß Pablo Neruda als Präsidentschaftskandidat nominiert worden ist (Kurzmeldung in *Der Tagesspiegel* v. 2. 10. 1969), Man muß das wohl mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, sowohl im Interesse der chilenischen Linken als auch im Interesse Nerudas selbst. Zum „Fall Pablo Neruda“ vgl. den Aufsatz von Hans Magnus Enzensberger in: *Einzelheiten II, Poesie und Politik*, Frankfurt/M. 1963, S. 42 ff.

Ob dieser Trend indessen definitiv zur Niederlage des mittlerweile nominierten christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten *Radomiro Tomic* führt, läßt sich noch nicht absehen. Immerhin mag ein Großteil der mit den Sozialisten und Kommunisten Sympathisierenden die Gefahr eines Sieges der Konservativ-Liberalen für so groß halten, daß er eher — trotz aller Enttäuschungen — bereit ist, der Fortsetzung von Freis „Revolution in Freiheit“ seine Stimme zu geben. Eben diese Möglichkeit findet sich auch in chilenischen Kommentaren zu diesem Thema: „Wenn 1964 die Rechte aus Angst vor Allende für Frei gestimmt hat, so wird 1970 die Linke aus Angst vor Alessandri für ihn stimmen“³⁷⁾.

Diese Perspektive sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „Revolution in Freiheit“ selbst im günstigsten Fall ein langer und schwieriger Weg bevorsteht. Freis Reformpolitik hat bislang nur in Teilbereichen der chilenischen Wirtschafts- und Sozialstruktur angesetzt und, wenn auch diese Eingriffe umfassend gewesen sind, die angestrebten Ziele der gesellschaftlichen Neuordnung und der wirksamen Entwicklungspolitik nur partiell erreicht. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Beschränkung auf einige Kernprobleme der aktuellen chilenischen Situation, vor allem die Ausgliederung der Privatindustrie und der Privatbanken aus dem Reformprogramm, eine maßgeblich mitwirkende Ursache dieses Scheiterns gewesen ist. Genau genommen, handelt es sich um einen Widerspruch zwischen der Proklamation eines übergreifenden gesellschaftspolitischen Ziels und seiner unvollständigen Umsetzung in ein kohärentes Aktionsprogramm. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß Chile insofern den Widerspruch der darniederliegenden Allianz für den Fortschritt — einerseits Ankündigung von Reformen, andererseits Angewiesensein auf private Kapitalinteressen — auf nationaler Ebene wiederholt hat. Das führt zu der vielleicht rhetorischen Frage, wie lange noch dieses Land den Anspruch erheben können, mit Erfolg eine gewaltlose Alternative zum kubanischen Beispiel zu sein.

37) In der chilenischen Zeitschrift *Ercilla*, zit. n. *Vision* v. 12. 9. 1969.